



Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.

## **Kleine Kammer gegen längere Ladenöffnungszeiten**

Nationalrat muss dem Ständerat folgen!

Die Gewerkschaft Unia freut sich über die Ablehnung des Bundesgesetzes über die Ladenöffnungszeiten (LadÖG) durch den Ständerat. Der Ständerat stützt mit seinem Entscheid die Kantonsouveränität und kommt den Bedürfnissen des Verkaufspersonals entgegen. Nun muss der Nationalrat der kleinen Kammer folgen und das Gesetz ebenfalls ablehnen.

Mit seinem Entscheid anerkennt der Ständerat den Willen der Stimmbevölkerung, welche sich in den letzten zehn Jahren in 13 von 16 kantonalen Abstimmungen deutlich gegen eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen hat. Zudem stützt er die Souveränität der Kantone. Diese wollen ihre Autonomie bei den Ladenöffnungszeiten nicht durch ein Bundesgesetz verlieren. Der Ständerat anerkennt auch, dass längere Ladenöffnungszeiten kein Mittel gegen den starken Franken darstellen.

Der Ständerat schenkt damit auch den rund 300'000 Personen Gehör, die im Verkauf arbeiten. Das neue Gesetz würde für sie eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen (Flexibilisierung und verlängerte Arbeitszeiten) bedeuten.

Die Unia fordert den Nationalrat auf, der kleinen Kammer zu folgen und das Gesetz definitiv abzulehnen.

Für weitere Auskünfte:

Natalie Imboden, Mitglied Sektorleitung Tertiär

Arnaud Bouverat, Mitglied Sektorleitung Tertiär

Katja Signer Hofer, Mediensprecherin Unia

Unia Schweiz. Medienmitteilung, 24.9.2015.

Unia Schweiz > Ladenöffnungszeiten. Detailhandel. Unia 2015-09-24